

Pensionen als Zankapfel in Österreich

Regierung auf Sparkurs

Die bescheidene Erhöhung der Pensionen durch die Bundesregierung hat in Österreich einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Wien ist zu unpopulären Massnahmen offenbar bereit. Die vorgesehene Einsparung von 250 Mrd. S in den nächsten vier Jahren im Rahmen der Budgetkonsolidierung wird aber sicher auf wachsenden Widerstand stossen.

dk. Wien, 9. November

Im Seilziehen um die Anpassung der Pensionen für das nächste Jahr hat die Bundesregierung in Österreich ein Machtwort gesprochen und die vom Renten- und Pensionsbeirat empfohlenen bescheidene Anpassung von 2,8% abgesegnet. Die Entscheidung, die Pensionen nur um 0,3 Prozentpunkte über die erwartete Inflationsrate von 2,5% zu erhöhen, hat über den Kreis der direkt Betroffenen hinaus einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer wenden sich ebenso energisch dagegen wie die *Pensionistenverbände*, die mit noch nicht näher bezeichneten Protestaktionen gedroht haben. Der Seniorenbund der Volkspartei (ÖVP) wirft den Regierungsparteien vor, aus den jüngsten Wahlen nichts gelernt zu haben. Es seien die Rentner gewesen, die ihre Stimmen zum grössten Teil den beiden Regierungsparteien gegeben hätten und nun für ihr Vertrauen und Gutgläubigkeit bestraft würden. Die Kritiker erinnern auch gerne daran, dass in wichtigen Wirtschaftszweigen angesichts des erwarteten Aufschwungs für 1995 bereits wesentlich höhere Lohnanpassungen ausgehandelt worden seien und die Anpassung der Pensionen im laufenden Jahr bei einer Inflationsrate von gut 3% nur 2,5% betragen habe.

Auf dem Rücken der Schwächsten?

Ins Zeug für die rund 2 Mio. betroffenen Rentenbezüger legen sich auch die Grünen, die für eine kräftigere Erhöhung der Kleinstpensionen eintreten. Für die FPÖ *Jörg Haider*s ist der Beschluss schlichtweg «ungeheuerlich» und ein Skandal, da die Regierung ihre «Schulden- und Verschwendungspolitik» auf dem Rücken der Schwächsten austrage. Die beiden Oppositionsparteien werden im Hauptausschuss des Nationalrates, der den Beschluss noch genehmigen muss, nach Möglichkeit Widerstand leisten. Starke Kritik kommt selbst aus dem Regierungslager. Wiens neuer Bürgermeister *Michael Häupl*, der die knappe SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat bei den nächsten Wahlen in zwei Jahren verteidigen will und deshalb zur Volksnähe drängt, stellt sich ebenfalls an die Seite der Pensionisten. In den Medien ist von einem schäbigen Spiel die Rede, und ein Massenblatt bezeichnet in grossen Lettern auf der Frontseite die Rentner in Anspielung an die überhöhten Gagen gewisser Funktionäre und Politiker überspitzt als die «Melkkühe der Bonzen».

Finanzminister *Ferdinand Lacina* von der SPÖ sowie sein Staatssekretär, *Johannes Ditz*, der die ÖVP vertritt, begründeten ihre Härte mit der *angespannten Budgetsituation*, die für Geschenke einfach keinen Spielraum lasse. Die in der letzten kleinen Pensionsreform eingeführte Nettoanpassung, welche die Renten an die Entwicklung der Aktivbezüge bindet, dürfe nicht in Frage gestellt werden, da sonst die Sicherheit des Pensionsystems, die ohnehin schon sehr labil sei, rascher

als erwartet in Gefahr geraten würde. Mit Scheinverbesserungen sei den jetzigen und zukünftigen Rentenbezüger nicht gedient. Bei einer Abweichung von der Anpassungsformel könne man sich die Diskussion über die Budgetkonsolidierung, auf die man nicht verzichten könne und die derzeit auch Gegenstand der Regierungsverhandlungen sei, gleich sparen.

Alarmierende Zunahme der Invalidität

Dass die Absicherung der Pensionen in Österreich nicht lange über das Jahr 2000 hinaus garantiert werden kann, ist schon lange kein Geheimnis mehr. An eine ernsthafte Lösung des Problems, die nur mit schmerzhaften Einschnitten möglich ist, hat man sich jedoch aus politischen Gründen bisher nicht herangewagt. Der neue Anlauf, diesbezügliche Modelle, wie es im Sozialministerium jetzt heisst, mit *Mut und politischer Verantwortung* anzugehen, ist nicht sehr vielversprechend. Die jüngste Diskussion, die zunehmende Frührentierung einzudämmen, die für die Kostenexplosion in hohem Masse verantwortlich ist, brachte ausser Rhetorik wenig und ist auch schon wieder abgeflacht. Die bisherigen kosmetischen Versuche, das faktische Pensionsalter wieder an die gesetzliche Grenze (60 Jahre für die Frauen und 65 für die Männer) heranzuführen, werden sicher keine Trendumkehr bewirken. Das faktische Pensionseintrittsalter ist in Österreich mit etwa 58 Jahren niedriger als in den meisten anderen vergleichbaren Ländern. Alarmierend ist vor allem der hohe Anteil von Invaliditätspensionen, der in den siebziger Jahren erst bei 25% lag und zuletzt trotz besserer Gesundheitsvorsorge und Arbeitsbedingungen bei den Pensionszugängen auf fast 50% gestiegen ist.

Zuviel Budget-Optimismus?

Die Bundesregierung wollte mit ihrer «schäbigen» Erhöhung der Pensionen ein Signal setzen und klar machen, dass sie in der neuen Legislaturperiode die Budgetkonsolidierung wieder ernst nehmen will. Die Senkung des Defizits auf etwa 3% des Bruttoinlandprodukts bis 1998 sei durchaus machbar; vorausgesetzt sei allerdings, dass es gelinge, im Bund kumuliert mindestens 250 Mrd. S einzusparen. Dieser Optimismus wird freilich mehr als einmal auf eine harte Probe gestellt werden, da sich die beiden alten und vermutlich auch neuen Regierungsparteien nach der jüngsten Schlappe verstärkt den Interessen des «kleinen Mannes» annehmen wollen und sich deshalb kaum auf eine sehr spürbare Beschneidung des Sozialsystems verständigen werden. Das Budgetdefizit für das laufende Jahr, das anfänglich auf rund 81 Mrd. S veranschlagt war, wird wohl etwa 104 Mrd. S oder 4,7% des BIP erreichen. Schuld an dieser Zunahme, die über zusätzliche Kredite finanziert werden wird, war vor allem eine eklatante Fehleinschätzung bei den Steuereinnahmen sowie der Verzug beim Verkauf von Staatsunternehmen. Das Ziel des Finanzministers, den Fehlbetrag im kommenden Jahr, in dem erstmals die Beiträge für Brüssel sowie die Kosten für die Abfederungsmassnahmen für den EU-Beitritt anfallen, auf 100 Mrd. S zu beschränken, ist äusserst ambitiös und wird sich nur mit einem politischen Kraftakt und finanzpolitischem Jonglieren erreichen lassen.